



**Heidrun Dittrich**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Heidrun Dittrich, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

## An die Presse

Pressemitteilung Heidrun Dittrich, MdB, Fraktion DIE LINKE

### **Die kommunale Müllentsorgung steht vor dem Aus!**

Berlin, 10.05.2011  
Bezug: Pressemitteilung zum

#### **Gesetzesentwurf zur Neuregelung des Abfallrechts**

**Heidrun Dittrich, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Jakob-Kaiser-Haus  
Raum: 2829  
Telefon: +49 30 227-726 15  
Fax: +49 30 227-766 15  
Heidrun.Dittrich@Bundestag.de

**Wahlkreisbüro Hannover:**  
Kötnerholzweg 47  
30451 Hannover  
Telefon: +49 511 – 449818-65  
Fax: +49 511 – 449818-67  
Heidrun.Dittrich@wk.bundestag.de

Seniorenpolitische Sprecherin

Mitglied im Beirat für Nachhaltige  
Entwicklung

Heidrun Dittrich, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, informierte sich am 22.07. vor Ort beim Zweckverband Abfallwirtschaft Celle über die befürchteten Auswirkungen des neuen Gesetzesentwurfes zur Neuregelung des Abfallrechts auf die kommunale Müllentsorgung und die dort Beschäftigten. Sie sprach mit dem Celler Landrat Klaus Wiswe, einem der Vorsitzenden der Zweckverbandsversammlung und Henry Mäurer, dem Geschäftsführer beim Entsorger Cellex.

Nach einer Einführung in die Tätigkeitsbereiche und die Struktur von Cellex, betonte Klaus Wiswe, dass sich die kommunale Abfallentsorgung in Celle aus Gebühren und Wertstoffverkäufen ohne steuerliche Unterstützung vollständig selbst finanziert. Beide machen deutlich, dass dieses neue Gesetz die Aufkündigung der Solidargemeinschaft bedeutet: Die Beiträge für die Allgemeinheit werden steigen, nur wenige werden profitieren. „Gewinne werden privatisiert, Verluste kommunalisiert“, empört sich Heidrun Dittrich. Befürchtet werden zudem Stellenstreichungen wegen mangelnder Auslastung der kommunalen Betriebe.

„Sollen denn die Bürgerinnen und Bürger innerhalb der gleichen Region je nach Marktlage von ständig wechselnden Entsorgern zu ständig wechselnden Konditionen und Preisen versorgt werden?“ Für die Bundestagsabgeordnete gehört die Abfallentsorgung in kommunale Hände als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie stellt klar: „Wir sind doch hier nicht an der Börse!“

DIE LINKE lehnt den Gesetzesentwurf der Bundesregierung entschieden ab. „Wir stehen voll und ganz hinter den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände sowie der Bürger und Bürgerinnen nach einer verlässlichen und ökologischen Abfallentsorgung und werden auf Bundesebene Druck auf den Umweltminister Ramsauer ausüben“, so Heidrun Dittrich weiter. „Vor Ort unterstützen wir die regionalen Entsorger vor Ort gerne bei Protest-Aktionen. Wir empfehlen den Kommunalen Spitzenverbänden und kommunalen Entsorgern Wahlprüfsteine für die Kommunalwahl am 11. September zu formulieren und ihrerseits das Thema „Abfallentsorgung“ auf die Agenda zu setzen!“

## Zusätzliche Presseinformation

Seit dem 30.03.2011 ist es klar: Die Bundesregierung will mit ihrem Gesetzesentwurf zur Neuregelung der Abfallwirtschaft die kommunale Abfallentsorgung zugunsten privater Entsorger auf ein Minimum zurückzufahren. Der Rohstoffmarkt hat sehr gute Wachstumsquoten. Immer mehr private Firmen buhlen daher um die wertvollen Rohstoffe aus dem Müll, um damit Profite zu machen. Für die Verbraucher wird's mal wieder teurer, denn: geplant sind massive Einschränkungen der bisherigen Überlassungspflicht für Abfälle aus privaten Haushalten.

Bisher konnten die kommunalen Entsorger über den Weiterverkauf gesammelter Wertstoffe einen großen Teil der entstehenden Kosten abdecken. Die Gebühren waren im gesamten Entsorgungsgebiet gleich und stabil. Zukünftige stehen sie - wie im aktuellen Gesetzesentwurf vorgesehen - in direkter Konkurrenz zu privaten Firmen. Die wirtschaftliche Rentabilität soll als *das* Kriterium über die Vergabe der öffentlichen Aufträge zur Müllentsorgung entscheiden. Dabei gewinnen *immer* die privaten Entsorger. Entgegengesetzt zu einem kommunalen Unternehmen müssen sie Gewinne erwirtschaften. Daher sind sie lediglich an den rentablen Entsorgungsgebieten und der Vermarktung der Wertstoffe interessiert. „Das ist Rosinenpickerei!“ kritisiert Heidrun Dittrich, „für die Entsorger in kommunaler Hand besteht Entsorgungspflicht. Ihnen bleibt lediglich die Resteverwertung zu hohen Preisen.“

Würden die Einnahmen aus dem Verkauf der Wertstoffe, die bislang den Bürgern zugute kommen, für den Zweckverband zukünftig wegfallen, droht eine Preisspirale nach oben. Die kommunale Abfallwirtschaft wird dem Markt geopfert.

Der niedersächsische Landkreistag stellt zurecht fest: „Die von der Bundesregierung geplante Neuregelungen verkehren die Grundentscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 18.06.2009 in ihr Gegenteil und laufen auf eine Gefährdung der öffentlich-rechtlichen Abfallentsorgung auf kommunaler Ebene hinaus.“

Michael Ludwig Personalratsvorsitzender des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Region Hannover (AHA) schreibt in seinem Brief an Frau Dittrich: „Mit dem Gesetzesvorhaben steht die öffentliche Daseinsvorsorge auf dem Spiel.“

Mit freundlichen Grüßen

*Heidrun Dittrich, MdB, DIE LINKE.*